

I-4 U 87/23
21 O 419/22
Landgericht Köln



Oberlandesgericht Köln

IM NAMEN DES VOLKES

Urteil

In dem Rechtsstreit

des Herrn [REDACTED],
[REDACTED],
Klägers und Berufungsklägers,

Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte Gansel,
Wallstraße 59, 10179 [REDACTED],
gegen

die Mercedes-Benz Group AG, vertreten durch den Vorstand,
[REDACTED],
Beklagte und Berufungsbeklagte,

Prozessbevollmächtigte: [REDACTED]
(Germany)
GmbH & Co. KG, [REDACTED],
[REDACTED],

hat der 4. Zivilsenat des Oberlandesgerichts Köln
auf die mündliche Verhandlung vom 14.05.2024
durch den Richter am Oberlandesgericht Beumers, den Richter am
Oberlandesgericht Singbartl und den Richter am Oberlandesgericht Prietze

für Recht erkannt:

Der Kläger ist des Rechtsmittels der Berufung verlustig, soweit er diese
zurückgenommen hat.

Auf die Berufung des Klägers wird das Urteil des Einzelrichters der 21. Zivilkammer des Landgerichts Köln vom 25. April 2023 - 21 O 419/22 in Gestalt des Berichtigungsbeschlusses vom 17. Mai 2023 unter Zurückweisung seines weitergehenden Rechtsmittels teilweise abgeändert und in der Hauptsache wie folgt neu gefasst:

Die Beklagte wird verurteilt, an den Kläger 4.300 € zuzüglich Zinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz hieraus seit dem 17. Januar 2023 zu zahlen; im Übrigen wird die Klage abgewiesen.

Die Kosten des Rechtsstreits tragen im ersten Rechtszug der Kläger zu 86 % und die Beklagte zu 14 %; im Berufungsrechtszug tragen der Kläger 78 % und die Beklagte 22 % der Kosten.

Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar.

Die Revision wird nicht zugelassen.

Der Streitwert des Berufungsrechtszugs wird auf 19.127,97 € festgesetzt; der Gegenstandswert beträgt ab dem 7. Mai 2024: bis 8.000 €.

Ohne **Tatbestand** (gemäß § 313a Abs. 1 ZPO).

Beumers

Singbartl

Prietze

Beglaubigt

Urkundsbeamter/in der Geschäftsstelle

Oberlandesgericht Köln



Informationsblatt zum elektronischen Empfangsbekenntnis

für Rechtsanwälte, Notare, Gerichtsvollzieher, Behörden und Körperschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechts

Sehr geehrte Empfängerin, sehr geehrter Empfänger, der elektronische Rechtsverkehr ist seit dem 1. Januar 2018 flächendeckend eröffnet. Um die elektronische Kommunikation weiter zu fördern, versenden seit dem 1. Januar 2022 nunmehr alle nordrhein-westfälische Gerichte auch über die EGVP-Infrastruktur.

Der förmliche elektronische Versand an Rechtsanwälte, Notare, Gerichtsvollzieher, Behörden und juristische Personen des öffentlichen Rechts erfolgt hierbei – parallel zum förmlichen analogen Versand – gegen ein elektronisches Empfangsbekenntnis (eEB). **Dieser elektronischen Nachricht ist ein solches eEB beigelegt.**

Rechtsanwälte, Notare, Gerichtsvollzieher, Behörden und Körperschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechts sind gesetzlich verpflichtet, bei dessen Rücksendung den strukturierten, maschinenlesbaren Datensatz, der Ihnen mit dem zugestellten Dokument zur Verfügung gestellt wurde, zu verwenden (§ 173 Abs. 2, 3 ZPO; § 113 FamFG; § 37 Abs. 1 StPO; § 31a Abs. 6 BRAO, § 14 BORA; § 78n BNotO). Andernfalls muss nochmals förmlich an Sie zugestellt werden, was erheblichen Mehraufwand, vor allem aber vermeidbare Kosten verursacht und zusätzlich zu Verfahrensverzögerungen führt.

Auf Seite 2 dieses Informationsblatts finden Sie Hinweise zur Abgabe des eEB über das besondere elektronische Anwaltspostfach (beA), das besondere elektronische Notarpostfach (beN) sowie das besondere elektronische Behördenpostfach (beBPo).

Bitte helfen Sie uns, die elektronische Kommunikation weiter zu etablieren.

Vielen Dank!

Hinweise zum elektronischen Empfangsbekenntnis (eEB)

Die Rücksendung des eEB kann direkt über das besondere elektronische Anwaltspostfach (beA), das besondere elektronische Notarpostfach (beN) oder das besondere elektronische Behördenpostfach (beBPo) vorgenommen werden.

Hat das Gericht ein eEB angefordert, wird in der geöffneten Nachricht oberhalb des Betreffs der Hinweis **Empfangsbekenntnis angefordert (1)** eingeblendet.

Mit der Schaltfläche **Anzeigen (2)** kann der Inhalt des eEB eingesehen werden, wobei Sie hier lediglich einen technischen Datensatz angezeigt bekommen. Eine gesonderte PDF-Datei wird nicht mit versendet.

Mit der Schaltfläche **Abgabe erstellen (3)** wird die Rückantwort für das Gericht erzeugt. Nach Eingabe des Zustellungsdatums kann der Datensatz automatisiert elektronisch zurückgesandt werden. Das Gericht erhält innerhalb weniger Minuten diesen Datensatz zur Weiterverarbeitung.

Sollten Sie das eEB nicht abgeben wollen, verwenden Sie bitte die Schaltfläche **Ablehnung erstellen (4)** und begründen Sie diese.

The screenshot displays the user interface for handling an electronic acknowledgment of receipt (eEB). At the top, there is a toolbar with icons for 'Antworten', 'Weiterleiten', 'Verschieben', 'Markieren als...', 'Drucken', 'Löschen', and 'Kommentar erstellen'. Below this is a section for 'Absender:' and 'Empfänger:', both showing 'Bundesanwalt'. The 'Status Signaturprüfung:' section has two buttons: 'Keine Nachrichtensignatur' and 'Signaturen prüfen'. The 'Empfangsbekenntnis' section is highlighted, showing a status of '1. angefordert' and four buttons: '2. Anzeigen', '3. Abgabe erstellen', and '4. Ablehnung erstellen'. Below this, the 'Betreff:' is 'Ladung in Sachen Astmann / Schuster' and the 'Nachrichtentyp:' is 'Allgemeine Nachricht'. The 'Eigenes Aktenzeichen:' is '123 G 1234/17' and the 'Aktenzeichen der Justiz:' is '123 G 1234/17'. There are checkboxes for 'Dringend' and 'Zu prüfen'. The 'Gesendet:' and 'Zugegangen:' dates are '27.10.2017 10:14'. The 'Erstellt von:' is 'Bundesanwalt'. The 'Letzte Änderung von:' is 'Bundesanwalt'. At the bottom, there is a table with columns 'Dateiname', 'Bezeichnung', 'Anhangstyp', and 'Größe'. The table contains one entry: 'eEB_fachricht.pdf', 'Sekundärsatz', and '4 KB'. There are also icons for 'Datei', 'Suche', 'Einstellungen', and 'Überprüfen'.

Quelle: Bundesrechtsanwaltskammer